

Herausgeber  
Heinrich Bechtoldt  
Herbert von Borch  
Kurt Georg Kiesinger  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Richard von Weizsäcker

# AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

Ernst-Otto Czempel

**Amerika–Deutschland – ein besonderes Verhältnis**

Ulrich Stempel

**Bonn–Ottawa – Idyll mit kleinen Fehlern**

Volkmar Köhler

**Fragen der deutsch-arabischen Zusammenarbeit**

Heinz Kramer

**Die EG im Prozeß der Süderweiterung**

Axel Lebahn

**Die »Jamal-Erdgasleitung« UdSSR–Westeuropa im Ost-West-Konflikt**

Kurt Wolf

**Die Aufteilung der Welt und die Rolle der Supermächte**

Walter Schilling

**Stagnation der MBFR-Verhandlungen in Wien**

Klaus Frhr. von der Ropp

**Süd- und Südwestafrika (Namibia) am Scheideweg?**

**Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften**

34. Jahrgang **3/83**

3. Quartal 1983 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 34 3. Quartal 1983

Ernst-Otto Czempiel <b>Amerika-Deutschland – ein besonderes Verhältnis</b>	211
Ulrich Stempel <b>Bonn-Ottawa – Idyll mit kleinen Fehlern</b>	224
Volkmar Köhler <b>Fragen der deutsch-arabischen Zusammenarbeit</b>	236
Heinz Kramer <b>Die EG im Prozeß der Süderweiterung</b>	243
Axel Lebahn <b>Die »Jamal-Erdgasleitung« UdSSR-Westeuropa im Ost-West-Konflikt</b>	256
Kurt Wolf <b>Die Aufteilung der Welt und die Rolle der Supermächte</b>	281
Walter Schilling <b>Stagnation der MBFR-Verhandlungen in Wien</b>	291
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Süd- und Südwestafrika (Namibia) am Scheideweg?</b>	300
<b>Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften</b>	309

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (0711) 45012628.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Holsteinischer Kamp 14, D-2000 Hamburg 76, Telefon: 040-229 0609, Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten, Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

## Süd- und Südwestafrika (Namibia) am Scheideweg?

*Im südlichen Afrika eskalieren Gewalt und Gegengewalt zwischen der weißen südafrikanischen Regierung und den schwarzafrikanischen Befreiungsbewegungen sowie den Grenznachbarn der Republik am Kap der Guten Hoffnung. Beide Seiten betreiben die innere Destabilisierung der anderen. So sehr die Gefährlichkeit der Krise in der Region wächst, so wenig besteht andererseits Aussicht, daß die schwarzafrikanische Forderung auf Übertragung der Macht oder die weißafrikanische Behauptung des Apartheid-Systems in einen Kompromiß aufgehen könnten. Während die Regierung P. W. Botha als verfassungsrechtliche Neuerungen nur ein noch perfektionierteres System der Demütigung und Entrechtung der Schwarzafrikaner, aber auch der Gemischtrassigen und Inder anbietet, geht auf der Gegenseite die Bereitschaft zur ausgehandelten Lösung immer mehr verloren. Dasselbe gilt für Südwestafrika/Namibia, wo ein Rückzug Südafrikas weniger als je zuvor absehbar ist. Diese triste Bilanz der jüngsten Entwicklung im südlichen Afrika zieht in seinem folgenden Beitrag Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn. Er knüpft dabei an zwei ältere Artikel in dieser Zeitschrift an: »Die Tragik radikaler Postulate in Südafrika« (»Außenpolitik« 3/1982, S. 286–296) und »Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika« (»Außenpolitik« 1/1983, S. 80–92). Vor dem Hintergrund dieser Zuspitzung der Krise – so die Folgerung des Autors – ist es für die westlichen Mittelstaaten dringend geboten, eine konstruktive und realistische Politik für den Südafrika-Konflikt zu entwickeln, die sich nicht nur in substanzlosen Deklarationen erschöpft.*

### I. Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage im Süden Afrikas aus der Sicht der EG

Seit einigen Jahren schon wendet sich das Interesse westlicher Regierungen und Medien abermals nur noch sporadisch den Entwicklungen im südlichen Afrika zu. So finden etwa die mehr oder weniger regelmäßigen Übergriffe der *South African Defense Forces* (SADF) auf Angola sowie die Besetzung weiter Teile dieses Landes durch Einheiten der SADF wenig Aufmerksamkeit. Das erscheint um so unverständlicher, als viele Beobachter die im Herbst 1982 in Johannesburg von Robert McNamara geäußerte These teilen, die Krisenregion südliches Afrika werde in den 90er Jahren an Gefährlichkeit die des Nahen Ostens unserer Tage erreichen.

#### 1. Von der Konzeptionslosigkeit westeuropäischer Politik

Bislang aber vermögen nur weithin sichtbare Ausbrüche von Gewalt in Südafrika selbst und aus dem Rahmen fallende Angriffe der SADF auf Ziele in den Nachbar-

staaten die Aufmerksamkeit westlicher Entscheidungsträger zu erregen. Diese scheinen dann häufig ratlos, obwohl zumindest die hervorragende Bedeutung Südafrikas als Lieferant oft seltener Rohstoffe an die EG-Volkswirtschaften ganz unbestritten ist. Die Folge sind vage Stellungnahmen aus den westlichen Hauptstädten, von seiten der EG-Organen wie auch aus dem Mund der westlichen Vertreter im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: Es wird die Gewaltanwendung aller Konfliktparteien verurteilt, es wird dem friedlichen Wandel in Südafrika das Wort geredet, von dem doch jedermann weiß, daß er nicht kommen wird. Im Grunde sind solche Deklarationen also substanzlos, denn sie zeigen nicht einmal andeutungsweise Möglichkeiten einer Lösung des Südafrika-Konfliktes auf. So äußerte etwa der seinerzeitige britische Außenminister, Lord Carrington, namens der EG im September 1981 in einer Debatte der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den südafrikanischen Angriffen auf Angola vom August 1981 gewidmet war: »*Without an early move towards government by consent and the abandonment of the system of apartheid which we all abhor, the trend in South Africa can only be one of accelerating conflict and violence. The Ten appeal with the utmost urgency to those in South Africa who can still act decisively to face this reality and to show the imagination, boldness and leadership that are necessary to reach a political solution.*«<sup>1</sup>

Gewiß fehlt der Regierung des Ministerpräsidenten P. W. Botha der Wille zu einschneidenden Änderungen der bisherigen Innenpolitik, zur Aufgabe der Apartheid<sup>2</sup>. Ebenso fehlt aber, und auch das ist in den westlichen Hauptstädten hinreichend bekannt, mit Ausnahme INKATHAs allen relevanten politischen Parteien der schwarzen Südafrikaner die Bereitschaft, die staatliche Macht mit den anderen Bevölkerungsgruppen zu teilen. Sie fordern die Übertragung der Macht an die schwarze Mehrheit (ca. 70 Prozent der ca. 30 Millionen Südafrikaner) und damit die Selbstaufgabe des weißen Südafrikas. Um so bedeutender wäre, in einer zugegebenermaßen extrem schwierigen Situation, die Rolle eines ehrlichen Maklers, die zu übernehmen die EG-Staaten in manchem prädestiniert sind. Allein die bisherige Erfahrung mit westeuropäischer Außenpolitik lehrt, daß auch der EG jene von Lord Carrington von Pretoria zu Recht geforderte »*imagination, boldness and leadership*« abgeht. Die EG und alle Dritten werden mit allen ihren Appellen schlichtweg nichts erreichen, solange sie nicht auch in derartigen offiziellen Deklarationen eine Binsenwahrheit aussprechen und diese auch ihrer Politik tatsächlich zugrundelegen: Wer das schwarze Südafrika, aus welchen Gründen auch immer, befreien und damit den Südafrika-Konflikt beilegen möchte, der muß zuvor das Existenzrecht der dort in mehr als drei Jahrhunderten gewachsenen weißafrikanischen Nation machtpolitisch absichern. Das gebieten zumindest die in Südafrika gegebenen Machtverhältnisse. Wer das übersieht, und es gibt offenbar eine ganze Reihe von Gründen für westeuropäische Politiker, dies zu tun, der wird kläglich scheitern. Er wird noch schneller, noch kläglicher scheitern, als das der westlichen Kontaktgruppe widerfuhr, die ab Frühjahr 1977 um die Beilegung des SWA/Na-

1 Zu der Politik der EG im südlichen Afrika s. »Europe Information Development«: »The European Community and Southern Africa«, Dezember 1981, Brüssel.

2 Dazu vor allem J. Hennie P. Serfontein: »Has South Africa Changed since P. W. Botha took over?« in »Ecnnews« (Johannesburg) 1981. Dezember, S. 9–14.

mibia-Konfliktes bemüht war. In der »Aussenpolitik« wie auch anderweitig<sup>3</sup> sind bekanntlich detaillierte Überlegungen zu der Frage unterbreitet worden, wie durch ein konkordanzdemokratisches System oder aber durch eine radikale Zweiteilung das südafrikanische Dilemma (»Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit versus qualifizierten Minderheitenschutz«) möglicherweise zu lösen sein wird.

## 2. Die unaufhaltsame Eskalation von Gewalt und Gegengewalt

Nachdem die SWA/Namibia-Initiative der »Fünf« – unterstellt, sie hatte jemals Erfolgsaussichten<sup>4</sup> – bereits vor über vier Jahren scheiterte, muß die Chance, daß die EG zu einer konstruktiven Südafrika-Politik finden wird, heute als sehr gering eingestuft werden. Das wird in Südafrika (wie auch in SWA/Namibia) eine Entwicklung bestärken, die durch eine nicht endenwollende Eskalation von Gewalt und Gegengewalt gekennzeichnet sein wird. Einer der klügsten und bestinformierten Südafrikaner, der (weiße) katholische Erzbischof von Durban, Denis Hurley, bemerkte kürzlich: »Essentially the escalation of violence is a response – by desperate people to the built – in violence in an apartheid-society.« Das schwarze Südafrika lehnt sich gegen die Apartheid u. a. dadurch auf, daß es strategisch wichtige Einrichtungen des weißen Südafrikas angreift. Es sucht so die Regierung in Pretoria zu destabilisieren. Diese geht im Gegenzug nicht nur gegen Guerilleros im eigenen Land, sondern auch gegen deren Stützpunkte und sonstige Ziele in den Nachbarstaaten vor. Pretoria ist so seinerseits bemüht, die in vielen Fällen ohnehin schwachen Regierungen in Nachbarstaaten zu destabilisieren.

Angesichts des flächenmäßig sehr großen, von den knapp 5 Millionen weißen Afrikanern kaum zu kontrollierenden Territoriums, seiner entsprechend überlangen Grenze wie auch der numerischen Stärke der Fünften Kolonne bleibt Pretoria wohl keine andere Strategie, als die heute praktizierte: Durch harte Gegenschläge gegen Angola, Mozambique, Lesotho und Zambia und in Zukunft vielleicht auch Zimbabwe, Botswana und Swaziland wird versucht, deren Regierungen von der weiteren Unterstützung der Guerilleros von ANC und PAC abzuschrecken<sup>5</sup>. Es mag sein, daß die EG, die nach dem zu erwartenden Beitritt Angolas und Mozambiques zu der Konvention von Lomé allen diesen schwarzafrikanischen Staaten sehr eng verbunden sein wird, schon in absehbarer Zeit auch politisch stärker in den Konflikt in und um Südafrika involviert sein wird. Derzeit begnügt sie sich im südlichen Afrika noch mit einem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement<sup>6</sup>. Vielleicht werden sich aber schon bald jene Stimmen deutlicher zu Wort melden, die bei der EG militärischen Schutz vor Südafrika suchen. Ähnlich wie in der Präsenz amerikanischer, französischer und italienischer Soldaten im zuvor immer wieder von Israel angegriffenen südlichen Libanon, so könnte auch in der Anwesenheit von Soldaten aus EG-Staaten in den Frontstaaten ein wirksamer Schutz vor den SADF Pretorias gesehen werden. Bevor ein solches Hilfsersuchen

3 Dazu neben dem Standardwerk von Theo Hanf, Heribert Weiland und Gerda Vierdag (unter Mitarbeit von Lawrence Schlemmer u. a.): »Südafrika: Friedlicher Wandel . . .«, 1978, aus jüngerer Zeit vor allem The Royal Institute of International Affairs: »A Survey of Proposals for the Constitutional Development of South Africa«, London, 1981.

4 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika« in »Außenpolitik« 1/1983, S. 80–92 (81–87).

5 Dazu Christopher Coker: »South Africa: A New Military Role in Southern Africa« in »Survival« (London) März/April 1983, S. 59–67.

6 Dazu recht detailliert die in Anm. 1 genannte Studie.

von den Westeuropäern abgelehnt wird, wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, ob ein Nein der EG nicht zu unerwünschten Positionsgewinnen der UdSSR führen wird. Die jüngsten Gewaltakte im südlichen Afrika nahmen ihren Anfang im Dezember 1982 mit einem Angriff der SADF auf von ANC-Angehörigen bewohnte Gebäude in Maseru/Lesotho. Nach den Worten des Oberkommandierenden des südafrikanischen Heeres, Constand Viljoen, diente der Angriff dazu, die in Lesotho ansässigen ANC-Kommandos von weiteren Sabotageakten in Südafrika abzuhalten. Viel schwerwiegender als die einstimmige, trotzdem aber folgenlose Verurteilung Südafrikas durch den UN-Sicherheitsrat (Dezember 1982) dürften für Pretoria die noch dazu vom schwarzen Südafrika laut bejubelten Gegenschläge des ANC gewesen sein: Nachdem solche Versuche zuvor mehrfach fehlgeschlagen waren, gelang es dem ANC jetzt, in dem noch nicht in Betrieb genommenen ersten südafrikanischen Kernkraftwerk an vier sensiblen Stellen Feuer zu legen. Ein Vertreter des ANC äußerte dazu in Dar-es-Salaam, die Feuer seien ein Gruß an *»all our fallen heroes and imprisoned comrades, including those buried in Maseru this afternoon«*<sup>7</sup>.

Möglicherweise hat später lediglich die Verhaftung und Abschiebung von ANC-Angehörigen (nach Mozambique) Swaziland vor Angriffen der SADF bewahrt<sup>8</sup>. Etwa zu der Zeit, da die Angriffe auf Maseru geflogen wurden, steckte die von Südafrika großzügig geförderte mozambiquanische Widerstandsbewegung RNM in Beira/Mozambique ein für die Versorgung des Binnenlandes Zimbabwe sehr wichtiges Öldepot in Brand. Es folgte eine Fülle von Anschlägen in schwarzen Staaten wie auch in Südafrika selbst, über die wenig bekannt wurde. Für Aufsehen sorgte dann aber wieder ein Anschlag auf ein in Bloemfontein/Oranje Freistaat gelegenes Arbeitsamt, über dessen Urheberschaft aber nichts Näheres bekannt wurde. Ungewiß ist, wer die Verantwortung für ein sehr verlustreiches Attentat auf das Hauptquartier der südafrikanischen Luftwaffe in Pretoria zu tragen hat. Französische geheimdienstliche Stellen meldeten, daß die Explosionen von weißen Mitgliedern der (moskauhörigen), unbestritten sehr eng mit dem ANC zusammenarbeitenden (illegalen) Südafrikanischen Kommunistischen Partei ausgelöst worden seien. Der ANC hingegen meldete, daß er selbst die Verantwortung für den Anschlag trage. Die SADF antworteten auf den Anschlag von Pretoria mit sehr harten Gegenschlägen gegen ANC-Positionen in Maputo, wobei auch eine Reihe von Staatsbürgern Mozambiques ums Leben kam. Unklar ist bis heute, ob der anschließende weitere ANC-Anschlag in Bloemfontein die Antwort dieser Organisationen auf die Zerstörungen in Maputo darstellte.

Besonders bemerkenswert erscheint an alledem, daß weder die (in Pretoria aber ohnehin eher belächelte) Politik der EG, noch die der USA, noch die der Mozambique in einem Freundschaftsvertrag verbundenen UdSSR Südafrika in seiner Politik der harten Gegenschläge zu hindern vermag.

## II. Das Reformwerk der Regierung P. W. Botha: Neo-Apartheid

Stellungnahmen auch südafrikanischer Offizieller ist zu entnehmen, daß sie der

<sup>7</sup> nach »Africa Research Bulletin« (Political, Social, and Cultural Series), 1983, S. 6682.

<sup>8</sup> Vgl. Pat Bulger: »No safe Swazi haven for ANC« in »The Daily News« (Durban) vom 22. Februar 1983, S. 24.

Meinung sind, die Probleme ihres Landes seien überwiegend politischer, also nicht militärischer Natur. Die gegenwärtige Diskussion über eine neue Verfassung für die Republik am Kap der Guten Hoffnung läßt allerdings nur den einen Schluß zu: das weiße Südafrika ist auf der ganzen Linie unfähig, Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Es hat nach wie vor nur Scheinlösungen parat<sup>9</sup>.

## 1. Die Modernisierung der Diskriminierung der Braunen

Im Mittelpunkt der übrigens nur von der Regierung Ronald Reagans Anfang 1983 als Fortschritt qualifizierten Verfassungsreform steht bekanntlich das Vorhaben, gleichberechtigt neben das Parlament der Weißen je ein Parlament der gemischtrassigen und der indienstämmigen Südafrikaner zu stellen. Zusammen bilden sie die Erste Kammer. Daneben wird eine Zweite Kammer (*President's Council*) treten, in der, entsprechend der numerischen Stärke dieser Gruppen, Inder, Coloureds und, sie bilden die Mehrheit, Weiße sitzen werden. Der Legislative wird eine nahezu allmächtige Exekutive gegenüberstehen. Diese wird sich aus weißen, gemischtrassigen und indienstämmigen Kabinettsmitgliedern und einem Staatspräsidenten, der in der Praxis immer ein weißer Afrikaner sein wird, zusammensetzen. Die Befugnisse des letzteren werden weit über die des Präsidenten der Französischen Republik hinausgehen. Aber er wird kein afrikaanser Charles de Gaulle sein, mag davon heute in Südafrika auch häufig gesprochen werden. Denn das weiße Südafrika ist in seinem Denken einfach zu reaktionär, zu siegesgewiß, als daß sein oberster Repräsentant eine Revolution von oben inszenieren könnte!

Der Erste Bericht des Verfassungskomitees des (bisherigen) *President's Council* hatte noch die Möglichkeit zugelassen, ihn so zu interpretieren, daß seine Autoren für die Weißen, Coloureds und Inder ein wirkliches System institutionalisierter Machtteilung (Konkordanzdemokratie) schaffen wollten<sup>10</sup>. Die Ablösung des hier federführenden Denis Worrall durch den wenig befähigten Minister für Verfassungsangelegenheiten Chris Heunis deutete dann aber einen Kurswechsel an<sup>11</sup>. In dieselbe Richtung wiesen die Entschließungen des Bundeskongresses der NP Mitte 1982 in Bloemfontein wie auch der Zweite Bericht<sup>12</sup> des *President's Council*. Ausschlaggebend war jetzt nicht mehr der Wunsch nach verfassungsrechtlicher Erneuerung, sondern Furcht vor der Opposition der von der NP im Februar 1982 abgefallenen, reaktionären und daher latent sehr starken *Konserwatiewe Party* (KP) des Andries Treurnicht. Die sehr beachtlichen Erfolge, die die KP im Mai 1983 bei drei Nachwahlen im Transvaal zu erzielen vermochte, werden P. W. Botha und seine Gefolgsleute in ihrem reformfeindlichen Kurs bestätigt haben. Zwar wird es in Zukunft drei gleichberechtigte Parlamente, die zusammen die Erste Kammer bilden, geben. Jedoch kann das Nein von einem oder zweien dieser Parlamente durch eine positive Entscheidung des *President's Council* überstimmt werden. Und

<sup>9</sup> So bereits Theodor Hanf und Heribert Weiland: »Konkordanzdemokratie für Südafrika?« in »Europa Archiv« 23/1978, S. 755–770.

<sup>10</sup> S. »Eerste Verslag van die Grondwetkomitee van die Presidentsraad«, Kapstadt, 1982.

<sup>11</sup> Zu Geschichte und Inhalt der derzeitigen Diskussion Michael R. Sinclair: »The proposals of the constitutional committee of the President's Council« in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein/SA) 1/1982, S. 26–40. S. weiter André du Toit in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 2. Dezember 1982 (»The case of reform equals one-party rule«) und vom 3. Dezember 1982 (»A scheme for white domination«).

<sup>12</sup> Zu dem zweiten Bericht George Devenish in »South Africa International« 1983. Januar, S. 202–206: »The Second President's Council Report on Constitutional Reform: End of White Rule in S.A.?»

im letzteren haben die Weißen stets die Mehrheit. Wer die Entwürfe der neuen Ordnung für Südafrika liest, der wird nicht umhin können, Sheena Duncan zuzustimmen, wenn sie feststellt: »*Power is being centralised not shared*«<sup>13</sup>.

## 2. Ein »new deal« für die schwarzen Südafrikaner?

Was die künftige verfassungsrechtliche und politische Stellung der schwarzen Südafrikaner anbelangt, so ist wohl noch nicht einmal an eine Modernisierung der bestehenden Ordnung gedacht. Es bleibt nämlich bei dem berühmt gewordenen Ausspruch Connie Mulders, des seinerzeitigen Ministers of Bantu Administration and Development: » . . . if our policy is taken to its full logical conclusion, as far as the black people are concerned, there will not be one black man with South African citizenship«<sup>14</sup>. So werden weitere Reservate (offiziell: *Black National States*) in den kommenden Jahren in eine Schein-Unabhängigkeit entlassen werden. Mit der Entlassung eines Reservates in die »Unabhängigkeit« verlieren dessen Bürger die südafrikanische Staatsangehörigkeit und erwerben diejenige des jeweiligen Reservates. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Südafrika der höchstentwickelte Staat des Kontinents ist, die Reservate aber zu seinen rückständigsten Regionen gehören. Zugleich wird die Zahl der schwarzen Bürger der Reservate, die ein unbefristetes Arbeits- und Aufenthaltsrecht in Südafrika haben, aufgrund neuer gesetzlicher Maßnahmen zurückgehen. Gesetzliche Grundlage für diese Neuregelung wird das noch nicht vom Kapstädter Parlament verabschiedete »*Orderly Movement and Settlement of Black Persons Bill*« (OMSBP) sein. Danach werden die Schwarzen, die auch in Zukunft ständig im weißen Südafrika leben und arbeiten dürfen (sog. *permanent urban residents*, »purs«; früher hießen sie bekanntlich »*section-tenners*«) über erheblich verbesserte Möglichkeiten schulischer und beruflicher Ausbildung und beruflicher Tätigkeit wie auch viel bessere Wohnverhältnisse etc. verfügen. Auf kommunaler Ebene (nur dort!) sollen ihnen auch politische Selbstverwaltungsrechte eingeräumt werden. So hofft die Regierung zu sehr später Stunde eine anti-revolutionäre, mit ihr kollaborierende Mittelschicht bilden zu können. Wenn dies für die Wirtschaft im weißen Südafrika opportun ist, so werden weitere Schwarze aus den Reservaten die Erlaubnis erhalten, als Pendler oder Wanderarbeiter nach Südafrika zu kommen. Wer aber ohne eine solche spezielle Genehmigung im weißen Südafrika arbeitet oder auch nur lebt, der wird nach dem neuen Recht erheblich härter bestraft werden, als das bislang bereits der Fall ist. In diesem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß die Hilfsorganisation *Black Sash* und die Zeitschriften »*South African Outlook*« und »*Diakonia News*« in jüngerer Zeit eine Fülle schockierenden Materials über solche Gerichtsverfahren wegen Verstoßes gegen die Paßgesetze, die Vertreibung von Schwarzen aus »*black spots*«, die für weiß erklärt wurden, die »Rücksiedlung« von Schwarzen in die Reservate usw. veröffentlicht haben<sup>15</sup>. Berüchtigt sind auch die Aktionen, durch die die Polizei bei Nacht und Nebel die in der Regel erbärmlichen Unterkünfte »illegaler« Schwarzer etwa

13 »Reform: Quo Vadis?« in »South Africa International« (Johannesburg) 1982. Oktober, S. 97–111 (100).

14 Hansard (Kapstadt) Nr. 2, Spalte 579 (vom 7. Februar 1978).

15 Dazu vor allem Ethel Walt/Black Sash (Hrsg.): »South Africa/A land divided«, Johannesburg, 1982. S. ferner die Ausgaben des »South African Outlook« (Rondebosch) November 1982 (»War on the Poor«) sowie September 1981 (»Trauma in Nyanga«).

in den bei Kapstadt gelegenen Lagern KTC, Nyanga und Crossroads zerstört<sup>16</sup>. So will man ihre Bewohner verunsichern, will sie dazu veranlassen, in ihr jeweiliges Reservat zurückzukehren. Wo irgend möglich, weigern sich die Schwarzen, dies zu tun. Denn auf alle Reservate zusammen entfällt eben nur ein Anteil von etwa 1 Prozent des südafrikanischen BSP, entsprechend aussichtslos würden ihre Bemühungen sein, in einem der Reservate für sich und ihre Familien einen noch so bescheidenen Lebensunterhalt zu verdienen.

### 3. Zu den Reaktionen der Betroffenen

Mehr noch als irgendwelche dubiosen verfassungsrechtlichen Neuerungen haben die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner, die von Pretoria, wie geschildert, in das neue Regierungssystem einbezogen werden sollen, das jetzt noch weiter perfektionierte System der Demütigung und Entrechtung der Schwarzen vor Augen. Mit Margaret Nash, einer sehr engagierten Bürgerrechtskämpferin, werden sie argumentieren, daß im 20. Jahrhundert das Gesetzbuch die Rolle spielt, die im 19. Jahrhundert Gewehr und Pferd gespielt haben: Der weiße Mann führt mit Hilfe seiner zu diesem Zweck geschaffenen Gesetze Krieg gegen den schwarzen Mann<sup>17</sup>. Auch ist den Coloureds und Indern nur zu gut bekannt, daß das so zerrissene und zerstrittene schwarze Südafrika die Vorstellungen von einer politischen Neuordnung Südafrikas einmütig und eindeutig verwirft.

Vor diesem Hintergrund erscheint verständlich, daß nach dem, was bislang bekannt wurde, eine große Mehrheit der gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner das Reformwerk der Regierung P. W. Botha ablehnt. Verbreitet ist die Sorge, daß die zahlenmäßig nur schwache weiße Gruppe sich der Angehörigen der beiden braunen Gruppen bedienen wolle, um die irgendwann ausbrechende schwarze Revolution besser unterdrücken zu können. Deutlich werden solche Überlegungen Pretorias etwa in der in Kapstadt erscheinenden, häufig gebannten Monatszeitschrift »Grassroots«, von dem *Cape Area Housing Action Committee* (CAHAC), von Körperschaften des Sports, von Teilen der afrikaans- oder englischsprachigen Kirchen der Coloureds sowie von den gemäßigten wie naturgemäß auch den militanten Flügeln des *Natal Indian Congress* zurückgewiesen. Die (*Coloured*) *Labour Party* und die (*Indian*) *Democratic Party*, die beide dem Reformwerk zugestimmt haben, verfügen heute einfach nicht mehr über genügend Anhang, um der Regierung P. W. Botha und ihrer Politik der Schein-Reformen eine Chance zu geben. Beiläufig sei vermerkt, daß die Regierung in Pretoria heute mit Rücksicht auf den Widerstand der KP wie auch der noch weiter rechts stehenden *Herstigte Nasionale Party* (HNP) des Jaap Marais gegen das »linke« Reformwerk zu zögern scheint, dieses in einem Referendum der weißen (nur ihr!) Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Niemand wird daher heute eine definitive Aussage zum künftigen Schicksal der Bothaschen Vorstellungen machen.

16 S. etwa J. Hennie P. Serfontein: »What I Saw« in »South African Outlook« (Rondebosch) September 1981, S. 138–140.

17 In »Black Uprooting from »White« SA«, S. 41, hrsg. vom Südafrikanischen Kirchenrat, Braamfontein, 1980.

### III. Perspektiven der Entwicklung Südwestafrikas/Namibias

Nichts anderes gilt für die Zukunft SWAs/Namibias. Die Lage in diesem noch immer von Südafrika besetzten »Land zwischen zwei Wüsten« (Namib und Kalahari) wird im Norden durch den Fortgang des auch von südafrikanischer Seite mit übergroßer Brutalität<sup>18</sup> geführten, inzwischen weit nach Angola hineingetragenen Buschkrieges, durch die ungebrochene Stärke SWAPOs sowie vom ruhmlosen Ende der DTA-Regierung gekennzeichnet.

#### 1. Zu den Entwicklungen in SWA/Namibia

Anfang 1983 veranlaßte Pretoria das von der DTA gestellte Windhoeker Kabinett unter seinem Vorsitzenden Dirk Mudge zum Rückzug. Um diese Zeit erlosch auch die Amtszeit der Nationalversammlung, ohne daß ein neues Parlament gewählt wurde. Seither regiert wieder nur noch der in Windhoek ansässige südafrikanische Generaladministrator. Pretoria reagierte damit auf die nicht erst 1982 sichtbar gewordene große Schwäche der DTA. Deren reformorientierte Politik hatte der südafrikanischen KP immer wieder Argumente geliefert, die Regierung in Pretoria des »Ausverkaufs der Interessen der weißen Siedler« zu bezichtigen. Die in Pretoria regierende NP hätte um diese Kritik wohl nicht viel gegeben, wenn die DTA zu einer wirklichen Alternative zu der revolutionären SWAPO herangewachsen wäre. Das aber war nicht der Fall; die DTA blieb, was sie immer gewesen war, das Ziehkind Pretorias. So war sie Pretoria Anfang 1983 nur noch lästig. Also entledigte man sich ihrer. Es mag darüber hinaus aber stimmen, daß es sich bei dem Rückzug der DTA aus Ministerrat und Nationalversammlung um ein zwischen Pretoria und der DTA abgekartetes Spiel handelt: Der letzteren soll so die Chance geboten werden, sich, natürlich unter der Aufsicht Pretorias, neu zu profilieren. Dazu mögen die heute von DTA-Vertretern häufig zu hörenden, nicht immer überzeugend wirkenden Angriffe auf Südafrika das geeignete Instrument sein.

#### 2. Der Fortgang der internationalen Verhandlungen über die Zukunft von SWA/Namibia

Ob die DTA so ihr Ziel wird erreichen können, erscheint zweifelhaft. Allerdings wird es ihr kaum an der notwendigen Zeit fehlen! Denn ein Abzug Südafrikas aus SWA/Namibia erscheint heute weniger absehbar denn je zuvor. SWAPO vermag ihn weder militärisch noch politisch zu erzwingen. Noch ist der Guerillakrieg in Südafrika bei weitem nicht in ein Stadium gerückt, wo Südafrika, mangels genügend starken qualifizierten Personals, zwischen einer Räumung SWAs/Namibias oder einem oder mehreren der Reservate zu entscheiden hat. In einem solchen Fall würde es sich übrigens sehr wahrscheinlich für die Aufgabe SWAs/Namibias entscheiden! Aber eine solche Entwicklung ist noch lange nicht in Sicht! Die westliche SWA/Namibia-Initiative, die ja gleichfalls den Abzug Südafrikas aus dem einstigen Mandatsgebiet zum Ziel hatte, ist, wie bereits erwähnt, praktisch seit der Jahreswende 1978/79 gescheitert. Der Versuch des amerikanischen *Assistant Secretary of State for African Affairs*, Chester Crocker, sie neu zu beleben, scheiterte vorerst an

18 S. dazu den Bericht der Southern African Catholic Bishops' Conference: »Report on Namibia«, Pretoria, 1982.

dem von den USA (nicht Südafrika!) ins Spiel gebrachten »*Cuban linkage*«. Niemand im schwarzen Afrika war bereit, es zu akzeptieren. Vollauf zu Recht wurde etwa dem amerikanischen Vize-Präsidenten G. Bush während seiner ausgedehnten Afrikareise Ende 1982 entgegengehalten, die Präsenz von ca. 30000 Kubanern in Angola diene der Stabilisierung dieser Volksrepublik, habe aber nichts mit den für SWA/Namibia vorgesehenen Wahlen einer Verfassungsgebenden Versammlung zu tun. Wenn trotz allem die SWA/Namibia-Initiative der westlichen »Fünf« heute noch fortgeführt wird, so geschieht dies vor allem aus der Überlegung, daß die »Fünf« keinen Weg sehen, dem schwarzen Afrika plausibel zu machen, weshalb sie sich trotz ihrer großen Überlegenheit gegenüber der Mittelmacht Südafrika nicht durchzusetzen vermochten.

Die um die Jahreswende zwischen angolischen und südafrikanischen Regierungsvertretern auf der Ilha do Sal (Republik Kap Verde) aufgenommenen Verhandlungen werden gleichfalls nicht zu einem Rückzug der Südafrikaner aus SWA/Namibia führen. Zwar handelte es sich bei diesen Verhandlungen um ein klassisches Beispiel verschwiegener Diplomatie, jedoch kann davon ausgegangen werden, daß die politische Zukunft SWAs/Namibias einen sehr wichtigen Gesprächsgegenstand bildete. Es ist nicht möglich, darzustellen, welche Überlegungen hier von den Repräsentanten Pretorias vorgetragen worden sein könnten. Vielleicht ist es aber kein Zufall, daß zur Zeit der südafrikanisch-angolanischen Verhandlungsrunde abermals altbekannte südafrikanische Pläne in Windhoek auftauchten, den relativ sehr dicht von Schwarzen besiedelten Norden vom übrigen SWA/Namibia loszulösen und ihn zusammen mit dem von der (von Pretoria unterstützten) angolischen Befreiungsbewegung UNITA gehaltenen Süden Angolas zu einem neuen Staat zusammenzufügen<sup>19</sup>. Nur Pretoria hat wohl die Gabe, an die Realisierbarkeit eines solchen Planes zu glauben. Die Angolaner, wie auch die übrigen OAU-Staaten und SWAPO, aber wären wohl nie bereit, ihm zuzustimmen. Wenn also Südafrika und Angola etwa über die Möglichkeit eines Waffenstillstandes an der angolisch-namibischen Grenze gesprochen haben, so mußten diese Gespräche spätestens da scheitern, wo darüber diskutiert wurde, was nach Verkündung des Waffenstillstandes in SWA/Namibia politisch geschehen solle.

Daß ein hoher südafrikanischer Offizieller um die Jahreswende 1982/83 aussprechen konnte, Pretoria sei zwar der demokratischen Entwicklung in SWA/Namibia verpflichtet, werde aber keineswegs hinnehmen, daß die »rote« Fahne SWAPOs in Zukunft über Windhoek wehe, macht deutlich, wie sehr wenig die westlichen »Fünf« in über sechsjährigen Verhandlungen zu erreichen vermochten. Ihre SWA/Namibia-Initiative war kein Ruhmesblatt. Vielleicht ist deren voraussehbarer Fehlschlag aber Anlaß, sehr sorgfältig über eine konstruktive Politik westlicher Mittelstaaten gegenüber dem unvergleichlich gefährlicheren Südafrika-Konflikt nachzudenken. Es verbleibt nicht mehr viel Zeit, hier einen Konflikt abzuwenden, der sehr wohl mehr als ein bloßer Regionalkonflikt sein könnte.

<sup>19</sup> S. etwa »President Savimbi of new Ovimbundu?« in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 22. Februar 1983, S. 7.